

Bussen für versäumte Elternabende gefordert

Bildung Fehlt es Baselbieter Eltern an Disziplin? Zwei Vorstösse im Landrat kritisieren fehlendes Pflichtbewusstsein.

Isabelle Thommen

Eltern sollen wegen fehlenden Interesses an Elternabenden und Absenzen zur Verantwortung gezogen werden. Gleich zwei Vorstösse im Baselbieter Landrat fordern, dass die Erziehungsberechtigten mehr Motivation zeigen – und ihren Nachwuchs besser unter Kontrolle haben sollen.

So fordert SP-Landrat und Sekundarschullehrer Jan Kirchmayr gesetzliche Grundlagen für eine obligatorische Teilnahme an Elternabenden und Standortgesprächen. Diese seien besonders wichtig, schreibt er in einem parlamentarischen Vorstoss. «Aus der Praxis berichten Lehrpersonen und Schulleitungen jedoch zunehmend, dass nicht alle Erziehungsberechtigten an diesen Veranstaltungen teilnehmen und teilweise unentschuldigt fehlen», kritisiert Kirchmayr.

Bussen als «letztes Mittel»

Er betont die «zentrale Verantwortung», die Eltern und Erziehungsberechtigte für die Bildung und Entwicklung ihrer Kinder hätten. «Dazu gehört nicht nur die tägliche Unterstützung im Lernprozess, sondern auch die aktive Zusammenarbeit mit der Schule.» Das sei nicht nur ein Recht, sondern auch eine Pflicht. Sie würde sicherstellen, dass Kinder die bestmögliche Unterstützung erhielten.

«Eine Teilnahmeverpflichtung an Elternabenden und Standortgesprächen unterstreicht diese Verantwortung und stärkt den Dialog zwischen Elternhaus und Schule», schreibt Kirchmayr weiter. Er fordert den Baselbieter Regierungsrat deshalb nun auf, zu prüfen, ob die Teilnahme an bestimmten Elternabenden und Standortgesprächen für obligatorisch erklärt werden kann. Heisst konkret: Wer wichtige El-



Während viele Eltern Elternabende ausfallen liessen, fehle es Schulkindern vermehrt an Disziplin, so die Kritik. Symbolfoto: Gaëtan Bally (Keystone)

ternabende und Standortgespräche wiederholt verpasst, kann gebüsst werden. Im Kanton Basel-Stadt gibt es eine solche Regelung bereits.

Kirchmayr fordert in seinem Vorstoss dabei, dass die Pflicht nur als «letztes Mittel» eingesetzt werden soll. «Vor einer gesetzlichen Verpflichtung sollten andere Massnahmen zur Förderung der Teilnahme geprüft und ausgeschöpft werden.» Dazu gehörten etwa schriftliche Einladungen, persönliche Erinnerungen, individuelle Gespräche oder andere Formen der Sensibilisierung.

Sensibilisieren möchte auch Ernst Schürch. Der SP-Landrat ist ebenfalls Sekundarlehrer. Er beklagt die Disziplin der Schülerinnen und Schüler. «Vor allem mit und nach der Pandemie» gebe es hier Schwierigkeiten an den Schulen aller Schulstufen. «Die Schwierigkeiten zeigen sich beispielsweise in häufigem Zuspätkommen, starkem Absentismus oder genereller Arbeits- und Leistungsverweigerung einzelner Schülerinnen und Schüler», schreibt er in einem parlamentarischen Vorstoss.

«Dabei zeigt sich öfters, dass die Erziehungsberechtigten der

entsprechenden Schülerinnen und Schüler keinen oder nur wenig Einfluss auf ihre Kinder nehmen, um ihre Kinder zu unterstützen und schwieriges Verhalten zu verbessern», so Schürch. Entsprechend würden deren Leistungen schlecht ausfallen und nicht deren Potenzial entsprechen.

Auch Schülern mangelt es an Disziplin

Die mangelnde Disziplin führe dazu, dass sie die Promotion ins nächste Schuljahr nicht schaffen oder Ausbildungen nach der obligatorischen Schule abbre-

chen müssten. «Sie führen auch zu einem erheblichen Mehraufwand für die Schulen.»

Auch Schürch setzt bei den Eltern an. Die Baselbieter Regierung solle prüfen und berichten, wie Erziehungsberechtigte und volljährige Schülerinnen und Schüler stärker in die Pflicht genommen werden könnten. «Im Wesentlichen geht es darum, dass sie dafür sorgen, dass ihre Kinder pünktlich und möglichst immer in die Schule kommen, dass Schülerinnen und Schüler keine Arbeiten und Leistungen verweigern und ihren Pflichten nachkommen», sagt Schürch.